



**medien
mittwoch**



2023

**Wahlprüfsteine zur
Kreativwirtschaft**

Die über Jahre stabil wachsende ökonomische Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft in Hessen ist statistisch längst nachgewiesen. Der Kreativwirtschaft ist die Avantgarde der Veränderung, Indikator für das Kommende und damit essentiell für die Digitalisierung. Die Kreativwirtschaft spielt deshalb eine herausragende Rolle als Innovations-treiber in der digitalen Revolution. Die m2 MedienMittwoch Stiftung ist der Auffassung, dass es für Hessen immens wichtig ist, konkurrenzfähig zu bleiben. Hessen soll ein international bedeutender Kreativstandort sein.

Daher fragt die m2 MedienMittwoch Stiftung mit Blick auf die Landtagswahl in Hessen am 8. Oktober 2023:

_ Was sagen die im hessischen Landtag vertretenen Parteien CDU, GRÜNE, SPD, AfD, FDP und LINKE zu den Themen der Kreativwirtschaft in Hessen?

Auch auf Nachfrage lagen dem MedienMittwoch zum 25.08.2023 keine Antworten von der AfD vor.

Die Antworten der Parteien CDU, GRÜNE, SPD, FDP und LINKE auf die vom MedienMittwoch aufgestellten **11 Wahlprüfsteine 2023** finden Sie nachfolgend.



1. WEICHENSTELLUNG

Wo sieht Ihre Partei in den nächsten fünf Jahren das wichtigste Handlungsfeld für die Stärkung der hessischen KKW?



Hessen ist ein an Kultur reiches Land. Wir bekennen uns zur gesamten Breite der hessischen KKW. Ob Musik, Literatur, Kunst, Design, Architektur, Presse oder Gaming – Hessen ist Heimat und starker Standort für die KKW von internationalem Rang. Über 125.000 Beschäftigte erwirtschaften mehr als 15 Mrd. Euro Umsatz. Die KKW hat unter der Corona-Pandemie in besonderer Weise gelitten. Dennoch hat sie sich in Hessen seitdem wieder zu einem Innovationsmotor und festen Bestandteil der positiven Wirtschaftsentwicklung unseres Landes, aber auch zu einem attraktiven Standortfaktor entwickelt. Sie bringt kulturell wie wirtschaftlich bedeutende Produkte und Dienstleistungen hervor und bereichert damit die vielfältige Kunst- und Kulturlandschaft Hessens.

Als wichtigstes Vorhaben sehen wir das Ziel, die Freiheit und Rahmenbedingungen für eine gute Entwicklung zu erhalten. Die Stärkung des Wirtschaftsbereiches soll im Dialog mit der Branche geschehen. Die Vernetzung der Branche untereinander sowie die nationale und internationale Sichtbarkeit der hessischen KKW soll noch deutlich stärker werden. Hierzu werden die vorhandenen Potentiale identifiziert und genutzt.

Die KKW bietet große Chancen für Wachstum und Arbeitsplätze. Wir wollen der KKW insbesondere den Zugang zu zusätzlichen vielfältigen Finanzierungsmöglichkeiten erleichtern. Wir haben uns zudem zum Ziel gesetzt, die Möglichkeiten und die innovative Kraft des Sektors verstärkt in die öffentliche Wahrnehmung zu rücken, den Dialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zu intensivieren sowie den Unternehmen Hilfe bei der Vernetzung und der Erschließung internationaler Märkte anzubieten.

Mit dem Masterplan Kultur haben wir eine Grundlage für einen umfassenden Blick auf die hessische Kulturlandschaft geschaffen. In den nächsten fünf Jahren gilt es, orientiert an den im Masterplan aufgezeigten Themenfeldern an einer attraktiven, breit aufgestellten und krisenfesten Kultur- und Kreativszene zu arbeiten. Deswegen werden wir die Vielfalt des Kulturschaffens etwa bei der Kleinkunst, in der bildenden Kunst oder in Trachtenvereinen, Chören, Orchestern und in der Fastnacht mit geeigneter Unterstützung des Landes weiterhin lebendig halten.

Kunst und Kultur sind eine tragende Säule gesellschaftlichen Zusammenhalts und gesellschaftlicher Verständigung. Für sie brauchen wir schöpferisch und gestaltende Menschen. Autor*innen, Filmemacher*innen, Musiker*innen, bildende und darstellende Künstler*innen, Architekt*innen, Designer*innen und Entwickler*innen von Computerspielen schaffen künstlerische Qualität, kulturelle Vielfalt, kreative Erneuerungen und stehen zugleich für die wirtschaftliche Dynamik einer auf Wissen und Innovation basierenden Ökonomie. Gleichzeitig wird die KKW von vielen Freiberuflern sowie von Klein- und Kleinstbetrieben geprägt, die überwiegend erwerbswirtschaftlich orientiert sind. Auch wenn die Teilmärkte der KKW von der Corona-Pandemie unterschiedlich stark betroffen waren, hat die Pandemie gezeigt, dass die sozialen Sicherungssysteme nicht auf Soloselbstständigkeit, Mehrfachbeschäftigung oder komplexe Arbeitsverhältnisse ausgerichtet sind.

Durch zahlreiche Unterstützungsprogramme des Landes haben wir in dieser Zeit dennoch dafür gesorgt, Kultureinrichtungen und Spielstätten kurz- und langfristig abzusichern und Künstler*innen trotz ausbleibender Aufträge und Auftrittsmöglichkeiten ein Fortsetzen ihrer Arbeit zu ermöglichen. In den kommenden Jahren muss es jetzt darum gehen, die richtigen Lehren aus der Pandemie zu ziehen und die KuK strukturell zu stärken und widerstandsfähiger gegen Krisen zu machen. Dabei spielt die Digitalisierung der Branche eine wichtige Rolle. Wichtig in diesem Zusammenhang ist an aller erster Stelle eine faire und angemessene Vergütung von Soloselbstständigen, genauso wie für viele unständig Beschäftigte, kurz befristete Beschäftigte oder andere im Kultur- und Medienbereich Tätige. Dazu gehört auch eine Anpassung der sozialen Sicherungssysteme, für die wir uns auf Bundesebene einsetzen.

Zur Stärkung der kulturellen Infrastruktur wollen wir zudem z.B. Förderprogramme auf den Weg bringen, die Kultureinrichtungen und Spielstätten durch Kooperation mit anderen Partner*innen, durch Investitionsmaßnahmen in Nachhaltigkeit, Inklusion oder neuartige Konzepte zukunftsicher aufstellen. Auch wollen wir die Impulse retten, die in der Coronaphase speziell zur Stärkung von künstlerischen Konzepten- und Projektarbeit, oder für Kultur im öffentlichen Raum gedacht waren.

Die Gründung von Kulturgenossenschaften wollen wir durch Beratung und die Übernahme der Gründungskosten unterstützen. Mit Veranstaltungen und anderen Maßnahmen, wollen wir für mehr Sichtbarkeit der Branche in Hessen sorgen, um so den Kreativstandort zu stärken.

In Zeiten des gesellschaftlichen Umbruchs und eines krisenhaften Lebensgefühls nehmen Kunst, Kultur und Medien eine besonders wichtige Aufgabe wahr. Kunst und Kultur sind notwendig für die offene Gesellschaft, und dies umso mehr, als die Demokratie zunehmend bedroht wird. Als Gradmesser gesellschaftlicher Vielfalt und ihrer Freiheit müssen Kunst und Kultur großzügig gefördert, die Teilhabe an ihnen muss allen ermöglicht werden. Kunst und Kultur sind für die SPD Hessen mehr als eine „freiwillige Leistung“, sie sind Daseinsvorsorge und unabdingbar für ein gutes Leben.

Es braucht eine verlässliche Unterstützung und Freien Kulturszene genauso wie die Stärkung der großen Institutionen der Theater, Konzerthäuser, Museen und auch der Kunsthochschulen. Diese Förderung versteht sich dabei nicht nur materiell, sondern sie ist eine zielgerichtete Kulturpolitik, die Kunst als Möglichkeitsraum und als Ort der Vermittlung von Erfahrung und Wissen begreift.

Für das Funktionieren der Demokratie ist zudem eine vielfältige Medienlandschaft von entscheidender Bedeutung. Es gilt, ihre Qualität und einen freien Zugang in Zeiten von Digitalisierung und gesellschaftlichen Veränderungen zu sichern. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht dabei besonders im Fokus der Landespolitik.

Die SPD Hessen wird in Regierungsverantwortung einen größeren Schwerpunkt auf kultureller Bildung legen. Dazu zählen – neben den schulischen – die außerschulischen Angebote der kulturellen Kinder- und Jugendbildung sowie der gemeinwohlorientierten Weiterbildung. Im Besonderen zählen dazu neben Kunst- und Musikschulen, Museen, Theater, Volkshochschulen, Bibliotheken und Kinos auch Bildungsprojekte der Freien Kulturszene.

Die Kreativwirtschaft – hierbei explizit neben der Film- auch die Gamesbranche – gehört auch in Hessen zu den stark wachsenden Wirtschaftszweigen. Besonders günstige Entwicklungsbedingungen finden sich dort, wo Technologie, Talent und Toleranz zusammengebracht werden. Ein besonderes Augenmerk werden wir dazu auf die Nachwuchs- und Hochschulfilmförderung legen.

Die KKW mit ihren elf Teilbranchen ist eine der tragenden Säulen der hessischen Wirtschaft, auch aufgrund ihres hohen jährlichen Umsatzes von gut 15 Mrd. Euro. Gerade mit Blick auf die digitale Transformation bietet sie auch in Zukunft großes Potenzial für die wirtschaftliche Entwicklung und das kulturelle Leben in Hessen. Mit einem Hessischen Kulturgesetz wollen wir einen verlässlichen kulturpolitischen und rechtlichen Rahmen für die Kultur in Hessen schaffen. So wird die gesamte Kulturförderung langfristig abgesichert und Förderstrukturen transparent, digital, leicht zugänglich und damit unbürokratischer. Das kommt auch der KKW zugute.

Ein weiterer politischer Schwerpunkt ist für uns eine bessere Vernetzung der unterschiedlichen Akteure der KKW: Durch die Stärkung kreativwirtschaftlicher Gründerzentren, einer virtuellen Vernetzungsplattform, einer zielgruppenbezogenen Gründerberatung gerade an Hochschulen wollen wir diese verbessern.

Wir sehen fünf relevante Problembereiche: (1) Freiräume bzw. bezahlbare Wohn- und Arbeitsorte, (2) gute Honorare und Löhne für Rücklagenbildung und soziale Absicherung, (3) Stärkung von Urheber*innen, (4) Fachkräftemangel und (5) die KKW in der sozial-ökologischen Transformation.

(1) Wir wollen, dass die landesgesetzlichen Möglichkeiten zum Schutz von Mieter*innen vollständig ausgeschöpft und weiter ausgebaut werden. Deshalb wollen wir die Kommunen dabei unterstützen, Mieterschutzsatzungen zu erlassen und Spekulation mit Leerstand zu verhindern. Im Bundesrat wollen wir uns dafür einsetzen, dass eine bundesweite Mietpreisbremse eingeführt, Zwangsräumungen verboten und das kommunale Vorkaufsrecht wieder eingeführt und gestärkt wird. Dem Sterben der Innenstädte wollen wir mit Kulturinitiativen entgegenwirken und Kulturrorte schaffen, bezahlbare Ateliers und Galerien etablieren und Clubs, Kneipen und Gewerbetreibende vor Verdrängung aus den (Innen-)Städten schützen.

(2) Für uns stellt die soziale Sicherheit von Kulturschaffenden keine Neben-, sondern eine Hauptsache dar. Deshalb fordern wir verbindliche Mindeststandards der Honorierung in der Kunst- und Kulturarbeit, branchenspezifische Basishonorare und eine rechtlich abgesicherte Ausstattungsvergütung für Kulturschaffende.

(3) Auf Bundesebene wollen wir die Urheber*innen durch kollektive Verhandlungen stärken und eine wirksame Verbandsklage einführen, auch um Kreative vor den Folgen von KI-Technologien zu schützen.

(4) Eine wesentliche Ursache für den Fachkräftemangel ist die Kürzungs- und Niedriglohnpolitik der letzten Jahrzehnte. Auch wenn die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gestiegen ist, was vor allem auf die Software- und Games-Industrie zurückzuführen ist, sind atypische Beschäftigungsformen wie Minijobber*innen sowie Freie und Soloselbstständige nach wie vor stark vertreten. Durch Honorare, die eine langfristige soziale Absicherung und Rücklagenbildung ermöglichen, sowie durch eine nachhaltige Kulturförderung (d.h. Überwindung der „Projektitis“) kann die KKW zu einem attraktiveren Sektor werden.

(5) Die Klimakrise betrifft uns alle. Die KKW kann durch Kreativität und sozial-ökologische Innovationen zur Nachhaltigkeit beitragen und Visionen für eine bessere Zukunft schaffen.

2. FACHKRÄFTE

Was macht Ihre Partei damit die in Hessen ausgebildeten Fachkräfte nicht in andere (Bundes-)Länder abwandern?



Der Mangel an Fachkräften betrifft nahezu alle Wirtschaftsbereiche in allen Regionen. Deshalb gibt es einen Wettbewerb um die besten Köpfe, denn gerade junge, gut ausgebildete Fachkräfte sind häufig sehr mobil. Das ist für die Unternehmen Chance und Risiko zugleich. Wir sehen es in erster Linie als Aufgabe der Unternehmen, ihren Arbeitnehmern ein Angebot zu machen, das Abwanderung verhindert. Attraktive Arbeitsbedingungen sind dafür sicherlich ein Schlüssel. Unter Verantwortung der CDU ist Hessen auf allen Ebenen zu einem sehr guten Standort geworden. Wir verstehen uns hierbei auch als Partner der Unternehmen, um durch gute Lebensumstände und Rahmenbedingungen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Menschen gern in Hessen wohnen und arbeiten. Hessen ist wirtschaftsstark und familienfreundlich. Wir bieten beste Bildung, hervorragende Infrastruktur, lebendige Städte, liebenswerte Dörfer. Wir sind ein Land der Vielfalt und von gelebter Willkommenskultur. Damit wollen wir dafür sorgen, dass keine Fachkraft Hessen auf Grund politischer Rahmenbedingungen verlässt. Darüber hinaus unterstützen wir die hessische Wirtschaft aktiv bei der Deckung und bei der Sicherung ihres Fachkräftebedarfs. Wir zünden einen neuen Turbo für mehr Beschäftigung, der Menschen in Arbeit bringt, qualifizierte Fachkräfte nach Hessen lockt und mit praxisnaher, moderner Weiterbildung neue Chancen für die Zukunft eröffnet. Wir verfolgen hierbei einen umfassenden und multipolaren Ansatz. Beispiele dafür sind:

- Die Arbeit des „Neuen Bündnisses Fachkräftesicherung Hessen“, in dem die relevanten Akteure aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und Kommunen eingebunden sind, werden wir weiter fortführen. Gemeinsam mit dem Bündnis wollen wir Lösungsansätze erarbeiten, um den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken und unseren Wirtschaftsstandort weiter zu stärken.
- Wir werden das Wirtschaftsministerium stärken und das Arbeitsministerium darin integrieren. Das gestärkte Haus soll zur Schlüsselstelle für Fachkräftesicherung, Existenzgründung und Investitionsförderung ausgebaut werden - der moderne „One-Stop-Shop“ für Betriebe und Unternehmen.
- Wir setzen ein Förderprogramm auf, um insbesondere kleine und mittlere Unternehmen – auch aus der KKW – zu unterstützen, für Arbeitnehmer attraktiver zu werden.
- Um ausländischen Arbeitskräften einen besseren Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, haben wir u.a. das Hessisches Welcome-Center aufgebaut. Wir wollen eine echte “Fast Lane” für Fachkräfte in Hessen schaffen. Für die Anwerbung von Fachkräften fordern wir vom Bund die Schaffung einer neuen Agentur für Einwanderung („Work-and-Stay-Agentur“). Diese Agentur soll aktiv um ausländische Fachkräfte für den deutschen Arbeitsmarkt werben, wo besondere Bedarfe bestehen.

Wir machen Fachkräftesicherung zur Chefsache! Um die Attraktivität des Kunst- und Kulturstandortes Hessen zu erhalten und weiter zu steigern, wollen wir möglichst viele Absolvent*innen der Hessischen Kunsthochschulen, aber auch alle anderen Künstler*innen, Kreative und Kunstschaffende in Hessen halten oder für Hessen gewinnen. Fachkräfteeinwanderung ist auch für die Kreativwirtschaft ein wichtiges Thema. Daher wollen wir mit einem Willkommenszentrum die Ansprechpartner*innen zu relevanten Themen bündeln. Entscheidend sind auch eine vielfältige, transparente und bürokratiearme Kulturförderung sowie gute Arbeits- und Lebensbedingungen für Künstler*innen und Kunstschaffende. Denn nur mit einer angemessenen wirtschaftlichen Absicherung können sie ihre Kreativität und ihre Potenziale voll entfalten. Auch wenn die für Künstler*innen und Kunstschaffenden wesentlichen Sicherungssysteme in der Zuständigkeit des Bundes liegen, wollen wir als Land, wo immer uns es möglich ist, einen Beitrag leisten. So haben wir in dieser Legislaturperiode bspw. bereits an den drei Staatstheatern, am Stadttheater Gießen und am Landestheater Marburg eine Mindestgage eingeführt. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir diese Anstrengungen fortführen und auch eine Mindestvergütung für Ausstellungen an unseren staatlichen Museen einführen. Außerdem wollen wir die Frage von fairen Vergütungen für freischaffende Künstler*innen stärker in den Förderrichtlinien des Landes implementieren. Für einen attraktiven Kunst- und Kulturstandort sind selbstverständlich auch andere Faktoren entscheidend, bspw. ein attraktives Fördersystem oder bezahlbare Arbeitsräume. Hierzu verweisen wir auf unsere Ausführungen zu den Fragen 1, 3 und 5.

Um Fachkräfte in Hessen zu halten braucht es vor gute Arbeitsbedingungen. Das erreichen wir durch die verlässliche Finanzierung der KKW. Nur dann lassen sich die Aufgaben mit genügend Personal angehen. Die KKW wird insbesondere auch von Freiberuflern sowie von Klein- und Kleinstbetrieben geprägt. Wir zielen auf die Verbesserung der Arbeits- und Existenzbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Förderungen erhöht werden, gerade in Ballungsräumen günstige Arbeitsräume gesichert werden und Mindesthonorare gezahlt werden. Darüber hinaus wird die SPD Hessen dafür Sorge tragen, dass die richtigen Rahmenbedingungen herrschen, damit Menschen in Hessen überhaupt wieder eine Ausbildung anfangen. Dafür werden wir die fachliche und akademische Bildung wieder gleichstellen, Ausbildungen möglichst kostenfrei und auch Meister*innen- und Techniker*innenprüfungen kostenfrei gestalten.

Die KKW ist wie viele andere Bereiche vom Fach- und Arbeitskräftemangel betroffen. Um den Fachkräftemangel zu bekämpfen, braucht es deutschlandweit eine gemeinsame Kraftanstrengung. Dazu gehört eine internationale Willkommenskultur und eine kluge Einwanderungspolitik. Gleichzeitig sollten hier in Hessen Maßnahmen ergriffen werden, um dem Fachkräftemangel gerade auch im Bereich der KKW entgegenzuwirken. Um den Standort Hessen für diese Unternehmen attraktiv zu halten, sollten Fördermaßnahmen erweitert werden, indem Förderprogramme ausgebaut bzw. neue entwickelt werden. Die Einführung einer zentralen Ausländerbehörde ist besonders für ausländische Fachkräfte von Bedeutung, die darüber hinaus durch spezielle Maßnahmen wie Mentoringprogramme unterstützt werden sollten.

Siehe Antwort auf Frage 1.

3. RÄUME

Hohe Mietpreise betreffen auch die KKW. Das Land Hessen kann mit gutem Beispiel vorangehen und insbesondere seine leerstehenden Immobilien der Kreativszene zu moderaten Preisen zur Nutzung zur Verfügung stellen. Welche Landesimmobilien sieht Ihre Partei hierfür als geeignet an? In welchem Zeitraum will Ihre Partei in Regierungsverantwortung die Umsetzung realisieren?



Wenn das Land mit nicht-genutzten Räumlichkeiten zur Entwicklung der Kultur- und Kreativbranche beitragen kann, unterstützen wir diese Zusammenarbeit. Wo es konkrete Ideen und Vorschläge für die Nutzung leerstehender Immobilien des Landes Hessens durch die Kultur- und Kreativszene gibt, werden wir eine Vermietung zu moderaten Preisen prüfen.

Künstler*innen und Kreative brauchen für ihre Arbeit bezahlbaren Arbeitsraum. Um dem Mangel an Ateliers, Proberäumen und Werkstätten zu begegnen, haben wir in dieser Legislaturperiode deshalb ein Atelierförderprogramm aufgelegt, das insbesondere Nachwuchskünstler*innen unterschiedlicher Sparten projektgebunden Arbeitsräume zu erschwinglichen Konditionen zur Verfügung stellt oder Zuschüsse zu Nutzungskosten gewährt. Das Förderprogramm wollen wir in der kommenden Legislaturperiode ausweiten. Zudem wollen wir gemeinsam mit den Kommunen die Einrichtung einer Leerstandsbörse und in diesem Zuge prüfen, welche Räumlichkeiten zur künstlerischen Nutzung überlassen werden können (z.B. in landeseigenen Liegenschaften). Auch Projekte zur Schaffung sogenannter „Dritter Orte“, in denen leerstehende Räume für die künstlerische Nutzung hergerichtet werden, wollen wir fördern. Über fortschrittliche städtebauliche Programme werden wir auch in Zukunft den Raumbedarf der Kreativwirtschaft im Blick halten.

Wir wollen als verlässlicher Partner der KKW die Unterstützungsleistungen des Landes weiterentwickeln und verstetigen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Förderungen erhöht werden, gerade in Ballungsräumen günstige Arbeitsräume gesichert werden.

Die genauen Landesimmobilien sind zu prüfen.

Wir Freie Demokraten sind der Überzeugung, dass das Problem von fehlendem Wohnraum und hohen Mietpreisen nur durch mehr Wohnraum und eine schnellere Ausweisung von Flächen gelöst werden kann. Wir wollen nicht den vorhandenen Mangel besser verwalten, sondern setzen auf die Erschließung zusätzlicher Flächen und die Senkung der Baunebenkosten unter anderem durch eine Reduzierung der Grunderwerbssteuer. Auch kreative Formen der Bebauung und kluge Konzepte der Nachverdichtung können helfen, die Probleme zu lindern. Die Verfügbarmachung leer stehender Landesimmobilien kann zur Unterstützung der Kreativszene ein weiterer sinnvoller Schritt sein, der im Einzelfall geprüft werden sollte. Die temporäre Umwandlung von leer stehenden Ladeneinheiten in städtisch/kommunal geförderte Pop-up-Stores ist ebenfalls eine sinnvolle Maßnahme zur Unterstützung der Kreativszene, die auch der Verödung der Innenstädte entgegenwirken kann.

Als LINKE kämpfen wir entschlossen gegen steigende Mieten – für Wohnen wie auch für Gewerbe. Das beste Mittel, um den Verlust bezahlbarer Wohn- und Gewerbeflächen zu verhindern und Raum für kreative Nutzungskonzepte zu ermöglichen, ist öffentliches Eigentum. Deshalb fordern wir als LINKE einen gesetzlichen Privatisierungsstopp für alle landeseigenen Immobilien und Grundstücke. Zudem wollen wir – z.B. durch einen Bodenfonds – den Ankauf von Flächen durch die öffentliche Hand und eine langfristige, demokratisch kontrollierte Bodenbevorratung unterstützen. Die landeseigenen Immobilien und Grundstücke sollen künftig nur noch für öffentliche und gemeinnützige Bauvorhaben – insbesondere des sozialen Wohnungsbaus – zu günstigen Konditionen in Erbpacht bereitgestellt werden. Dort, wo eine Wohnnutzung nicht möglich oder sinnvoll ist, wollen wir andere gemeinwohlorientierte Nutzungen ermöglichen. Hierzu zählt auch und besonders die KKW, für die nicht zuletzt leerstehende Immobilien zur Nutzung und Zwischennutzung zu moderaten Preisen zur Verfügung gestellt werden sollten. Da aktuell kein öffentlich einsehbares Verzeichnis aller landeseigenen Immobilien existiert, lässt sich die Frage nach konkret geeigneten Immobilien von uns leider nicht beantworten. Als LINKE setzen wir uns jedoch dafür ein, dass diese Informationen möglichst rasch öffentlich zugänglich gemacht werden.

4. UMWEGRENTABILITÄT: Effekte von Projekt-Förderungen

Wie stufen Sie die volkswirtschaftlichen Hebeleffekte (in Euro) für jeden ausgegebenen Förder-Euro für konkrete Projekte in der hessischen KKW ein?
Ab welchem Rendite-Faktor ist es aus Ihrer Sicht lohnend beziehungsweise zwingend, Förderungsprogramme in Hessen aufzulegen?



Die KKW in Hessen ist ein Innovationsmotor und ein fester Bestandteil der positiven Wirtschaftsentwicklung unseres Landes. Der Wirtschaftszweig bietet große Chancen für Wachstum und Arbeitsplätze. Vor allem aber bringt sie kulturell bedeutende Produkte und Dienstleistungen hervor und bereichert damit die vielfältige Kunst- und Kulturlandschaft Hessens. Natürlich ist es zu begrüßen, wenn durch Anreize des Landes zusätzliche Investitionen verursacht werden. Selbstbehalte und Eigenanteile sind daher für Förderungen in der Regel erforderlich. Gleichzeitig lassen sich langfristige Hebeleffekte nicht immer verlässlich prognostizieren und über verschiedene Branchen und Bereiche kaum vergleichen. Für die Förderangebote des Landes steht die Rendite nicht im Mittelpunkt. Deswegen wollen wir Förderangebote nicht an fixen Rendite-Erwartungen orientieren, sondern der Kultur- und Kreativbranche – unabhängig eines bestimmten Rendite-Faktors – Zugang zu zusätzlichen vielfältigen Finanzierungsmöglichkeiten erleichtern.

Der Mehrwert einer Förderung der Kreativwirtschaft bemisst sich aus unserer Sicht vor allem in der innovativen und zentralen Wirkung der Branche auf die hessische Gesamtwirtschaft. Die Zusammenarbeit von kreativwirtschaftlichen Dienstleistern und anderen Unternehmen eröffnet neue Sichtweisen und stellt einen bedeutsamen Innovationstreiber für den Wirtschaftsstandort dar. Neben der Berücksichtigung von anderen Aspekten steht für uns beim Einsatz von Fördermitteln eine möglichst hohe Steuerungswirkung im Vordergrund. Unser Ziel ist dabei, Hessen zum globalen Hotspot für Kreativwirtschaft weiterzuentwickeln, und entsprechende Netzwerke zu ermöglichen. Bereits heute erreicht die Gründungs- und Mittelstandsförderung kreativwirtschaftliche Unternehmen und unterstützt entsprechende Projekte. Zu den Angeboten gehören der Kreativwirtschaftstag, Wettbewerbe und Auszeichnungen in zahlreichen Kategorien der Kreativwirtschaft, die Informationskampagne #wiegehtnachhaltig, das beliebte Förderprogramm Kultur- und Kreativwirtschaft und viele mehr. Diese Angebote wollen wir gezielt stärken und weiterentwickeln.

Die SPD Hessen wird in der nächsten Legislatur die Sachlage prüfen.

Für uns Freie Demokraten ist der Rendite-Faktor nicht allein ausschlaggebend für die Frage einer Einrichtung von Förderprogrammen. Die KKW hat insgesamt eine hohe Bedeutung für Hessen, sowohl wirtschaftlich wie auch kulturell. Wir wollen die Förderung der KKW daher weiter ausbauen.

So vielfältig die KKW ist, so vielfältig sind auch die direkten und indirekten Förderungen. Je nach Förderprogramm und beeinflusst von verschiedenen lokalen Faktoren fallen die Umwegrentabilitäten entsprechend unterschiedlich aus, so dass sich eine pauschale Summe (in Euro) nur schwer abschätzen lässt und in einer komplexeren Evaluation ermittelt werden müsste. Gleichzeitig darf die Evaluation nicht dazu führen, dass Kulturförderung rein als Wirtschaftsfaktor verstanden wird. DIE LINKE versteht Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik. Kultur in ihrer Vielfalt ist demokratierelevant, denn kulturelle Orte schaffen Begegnungen und Austausch, sie bieten Raum für Reflexionen und Utopien.

Wir wissen, dass die Betrachtung von Kultur als volkswirtschaftlicher Katalysator die Legitimation gegenüber anderen politischen Feldern steigert und die argumentative Position eines gemeinhin als subventioniert erachteten Kultursektors stärkt. In diesem Sinne fördert der Kultursektor zum einen, beruhend auf Umwegrentabilitäten, z. B. Unternehmensansiedlungen, das Standortmarketing, die touristische Erschließung von Regionen und den Konsum vor und nach Kulturveranstaltungen. Zum anderen füllt er die Staatskasse durch Steuern und Sozialabgaben. Dieses Verständnis degradiert Kultur jedoch zu einem nützlichen Mittel innerhalb der Verwertungslogik und beraubt das kulturelle Feld seiner konstitutiven Eigenständigkeit, nämlich ein ideeller gesellschaftlicher Mehrwert zu sein.

5. FÖRDERUNG DER KKW

Welche konkreten Ansätze verfolgt Ihre Partei für die finanzielle Förderung von Institutionen, Initiativen und/oder Unternehmen der KKW?

Wie hoch sollten die Mittel Ihrer Meinung nach jährlich sein?



Angesichts der großen Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft hat die CDU-geführte Landesregierung deren Stärkung als ein Kernelement ihrer Innovations- und Wirtschaftspolitik etabliert. Die Geschäftsstelle Kultur- und Kreativwirtschaft ist zentrale Anlaufstelle und Wegweiser in Hessen. Sie informiert über Beratungs- und Förderangebote, unterstützt Brancheninitiativen und kooperiert mit Kreativnetzwerken, Verbänden, Hochschulen und weiteren Multiplikatoren. Um die kreativen Branchen zu fördern, unterstützt die CDU-geführte Landesregierung Projekte der Kreativwirtschaft nach der Richtlinie des Landes Hessen zur Gründungs- und Mittelstandsförderung. Selbstverständlich kann die KKW alle Wirtschaftsförderungsangebote des Landes nutzen. Mit „HESSEN serious GAME“ gibt es zudem ein Förderprogramm für die Entwicklung von Computer- und Videospielen, insbesondere Serious Games. Auch die hessische Filmförderung durch die Hessen Film & Medien GmbH ist ein wichtiges Unterstützungsangebot für diesen Zweig der Kreativwirtschaft, welcher in der Vergangenheit sehr erfolgreich war. Mit der Film-GmbH und dem Ausbau der Filmförderung haben wir Hessens Rolle als Filmland gestärkt und wollen diesen Weg weiter konsequent gehen. Gleiches gilt auch für die Filmfestivals und die Kinoförderung im ländlichen Raum. Hessen ist nicht nur wegen Goethe und Büchner oder der Frankfurter Buchmesse ein Literaturland. Unseren Schwerpunkt in diesem Bereich wollen wir beibehalten. Wir werden die Literaturförderung weiter ausbauen. Für den Medienstandort Hessen hat insbesondere auch die Medienbranche eine kreative und ökonomische Bedeutung. Wir setzen uns für verbesserte Rahmenbedingungen ein, um möglichst viele Medienschaffende in Hessen anzusiedeln und von unserer Lage profitieren zu lassen. Wir wollen die vielseitige und unabhängige Medienlandschaft mit dem beitragsfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk, privaten, lokalen und landesweiten Medienanbietern, Zeitungen, Verlagen, Bürgermedien sowie Medienangeboten im Internet erhalten, fördern und zukunftsfähig machen. In Zeiten von Medienkonzentration kommt neben dem öffentlich-rechtlichen und dem privaten Rundfunk auch lokalen und regionalen Medien ein besonderer Stellenwert zu. Letztere transportieren im Besonderen auch ein Stück Heimat. Wir stehen deshalb zur Medienanstalt Hessen, die dafür sorgt, dass ein möglichst vielfältiges Medienangebot zur Verfügung steht. Da ein wesentlicher Bestandteil der Förderangebote sich an Unternehmen und Gründer aus verschiedenen Branchen richtet, ist eine Einschätzung der bereitzustellenden Mittel für einen Teilbereich nicht sachgerecht. Wir setzen uns aber dafür ein, dass nachfrage- und bedarfsgerecht die nötigen Mittel bereitstehen, um gute Ideen und förderwürdige Vorhaben unterstützen zu können.

Wir Grüne wollen allen Menschen in Hessen kulturelle Teilhabe ermöglichen – Menschen jeden Alters, in ländlichen Regionen oder Metropolen, mit oder ohne Zuwanderungsgeschichte, mit oder ohne Einschränkungen und unabhängig vom Geldbeutel – und die Bedingungen für Künstler*innen und Kreative verbessern. Dafür haben wir die Landesmittel für Kultur seit Beginn unserer Regierungsbeteiligung im Jahr 2014 von knapp 200 Mio. Euro auf fast 300 Mio. Euro jährlich erhöht und damit um ca. 50 Prozent gesteigert. Förderschwerpunkte waren für uns dabei z.B. Programme der kulturellen Bildung und zur Förderung der Kultur in ländlichen Räumen. Darüber hinaus haben wir die Mittel für die Soziokulturellen Zentren mehr als vervierfacht und die Mittel für die Freien Darstellenden Künste fast verdreifacht. Das Ziel dabei war, insbesondere die Menschen zu erreichen, die bisher nur selten oder auch gar keinen Zugang zu Kultur haben. Den Kulturretat des Landes wollen wir auch in der kommenden Legislaturperiode weiter steigern. Mit einem Kulturfördergesetz wollen wir zudem einen Orientierungsrahmen im Fördersystem des Landes Hessen schaffen und Leitlinien für eine zukunftsfähige Kulturpolitik geben. Zugleich wollen wir, wo immer möglich, für eine Vereinfachung der Kulturförderung und den Abbau von Förderbürokratie eintreten. Einen ersten Schritt sind wir hier bereits mit einer neuen Förderrichtlinie zur Vereinfachung der Antragstellung bei Fördersummen von bis zu 10.000 Euro gegangen. Wir wollen nach dem Vorbild Baden-Württembergs zudem einen „Innovationsfonds Kunst“ einrichten, der die Kulturakteure dabei unterstützt, ungewöhnliche und innovative Ideen jenseits der normalen Förderrichtlinien auszuprobieren.

Als Leitmedium kommt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk die Aufgabe zu, zur demokratischen Meinungsbildung wesentlich beizutragen. Daher sind der Markenkern des Hessischen Rundfunks (hr) mit seinen starken Informationsangeboten zu erhalten und auszubauen sowie Formate in leichter Sprache noch deutlicher einzubeziehen. Außerdem unterstützen wir die Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hin zu einem echten crossmedialen Programmangebot, damit mehr Nutzer*innen erreicht werden können. Die SPD Hessen wird die Potentiale der hiesigen Filmbranche besser unterstützen. Wichtige Akteure haben nach wie vor ihren Sitz in Hessen unter anderem die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO) oder auch die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft, der Bundesverband Jugend und Film oder der Bundesverband kommunale Filmarbeit, die Filmhäuser in Frankfurt und Wiesbaden, die HessenFilm und Medien, die Murnau Filmstiftung, die AG Dok und nicht zuletzt das Deutsche Filminstitut und Filmmuseum. All diesen Institutionen wollen wir in Hessen gute Standortbedingungen erhalten und sie weiter verbessern und diese starke Struktur zur Profilierung und Weiterentwicklung des Filmstandortes Hessen nutzen. Dies wollen wir im Schulterschluss mit den regionalen Branchenverbänden erreichen. Die Arbeit der HessenFilm und Medien GmbH nimmt für uns dabei eine Schlüsselstellung ein. Wir wollen sie ausbauen. Die wirtschaftliche Filmförderung muss aufgestockt werden, um den lokalen Playern im Wettbewerb der Länder beizustehen. Hierbei ist insbesondere die strukturelle Schwächung Hessens im Vergleich zu anderen Ländern, die während der Corona-Zeit ihre Mittel erhöht haben, auszugleichen. Denn die Kreativwirtschaft – hierbei explizit neben der Film- auch die Gamesbranche – gehört auch in Hessen zu den stark wachsenden Wirtschaftszweigen. Besonders günstige Entwicklungsbedingungen finden sich dort, wo Technologie, Talent und Toleranz zusammengebracht werden. Ein besonderes Augenmerk werden wir dazu auf die Nachwuchs- und Hochschulfilmförderung legen. Die freien Künstler*innen bilden ein Herzstück der sozialdemokratischen Kulturpolitik. Ihr Ansatz, unabhängig von großen Institutionen oder mit diesen in Kooperation Werke zu erarbeiten, verdient unsere volle Unterstützung. Denn die Freie Kulturszene und soziokulturelle Zentren bereichern in der Breite und mit ihren häufig experimentellen Formen die hessische Kulturlandschaft. In allen Kunstgattungen hat sich eine enorme Vielfalt und Qualität entwickelt. Nicht selten jedoch müssen diese Künstler*innen unter schwierigen, teils prekären Bedingungen arbeiten. Diese Lage hat sich während der bestehenden Krisen verschärft. Für die Sicherung und Weiterentwicklung der Szene ist es daher von erheblicher Bedeutung, dass es gute Arbeitsbedingungen gibt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Förderungen erhöht werden, gerade in Ballungsräumen günstige Arbeitsräume gesichert werden, Mindesthonorare gezahlt und die Sichtbarkeit von freien Künstler*innen insgesamt deutlich verbessert wird. Auch Musikclubs sind unerlässliche Orte der kulturellen und subkulturellen Begegnung. Daher sind sie nicht als reine Vergnügungsstätten zu werten, sondern als kulturelle Einrichtungen anzuerkennen. In Abstimmung mit den Interessenvertretungen von Clubs und Gastronomie sind diese Orte besser zu schützen, indem die Baunutzungsverordnungen gemeinsam mit den Kommunen überprüft und angepasst sowie eigene Landesförderungen für nichtkommerzielle Clubangebote eingerichtet werden. Auch Popkultur und Populärmusik sind Teil einer lebendigen Kulturlandschaft. In Abstimmung mit den Interessenvertretungen von Clubs und Gastronomie wollen wir weitere Fördermöglichkeiten für Clubs und Festivals erörtern. Insbesondere Nachwuchskünstler*innen müssen gezielt gefördert werden.

Wir Freie Demokraten wollen die Fördermaßnahmen der hessischen Kreativwirtschaft erweitern. Hessen liegt im Bundesvergleich auf den hinteren Rängen, was der Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges nicht gerecht wird. Förderprogramme sind für die gesamte Kreativwirtschaft zu entwickeln und anzuwenden, da alle Branchen ihre Wertschöpfung durch immaterielle Wirtschaftsgüter ziehen. Sonderthemen wie Film- oder Games-Förderung sind hier zu integrieren und dem wirtschaftlichen Stellenwert anzupassen. Die Aufgaben der HessenFilm und Medien GmbH sind entsprechend anzupassen und zu erweitern. Wir möchten kreativwirtschaftliche Gründerzentren unterstützen und weitere Kreativhäuser initiieren, die eine enge Kooperation mit der Privatwirtschaft umsetzen. Es soll eine virtuelle Vernetzungsplattform eingerichtet werden, die die Kreativbranchen und Teilnehmer besser untereinander vernetzt und die Zusammenarbeit nachhaltig fördert. Eine zielgruppenbezogene Gründerberatung streben wir vor allem an den Hochschulstandorten an. Über die Landesförderinstitute soll ein verbesserter Zugang zu Finanzierungen auch unter Einbeziehung von europäischen Mitteln ermöglicht werden. Innovative Förderinstrumente müssen sich an den speziellen Gegebenheiten in den Branchen orientieren und unbürokratisch genutzt werden können.

Im Allgemeinen will DIE LINKE Wirtschaftsförderung in Hessen zukünftig an sozial-ökologischen Zielen ausgerichtet sein und dem Erhalt von Beschäftigung dienen. Um in den Genuss von Wirtschaftsförderung zu kommen, muss u.a. die Tarifbindung gewährleistet und prekäre Beschäftigung wie Leiharbeit, Minijobs, Werkverträge und Befristungen ausgeschlossen sein. Die monetäre und nicht-monetäre Wirtschaftsförderung wollen wir wieder zusammenführen. Darüber hinaus wollen wir kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) und Genossenschaften, gerade bei Ansiedlungen in ländlichen Regionen, fördern und stärken. Dies gilt auch für Unternehmen der KKW. Der Förderetat orientiert sich am Bedarf und an der Haushaltslage.

6. MEDIEN- UND DIGITALKOMPETENZ

Welche Turbo-Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um die Medien- und Digitalkompetenz insbesondere bei Kindern und Jugendlichen auf- und auszubauen?



Die Bedeutung der Medienkompetenz für Jung und Alt wird angesichts der unübersichtlichen und sich ständig wandelnden Medienwelt immer bedeutender. Wir haben mit dem modernsten Mediengesetz Deutschlands eine hervorragende Grundlage gelegt, die wir durch eine landesweite und vielfältige Medienkompetenzförderung zunehmend mit Leben füllen werden. Dazu gehört ein reflektierter, sicherer und konstruktiver Umgang mit digitalen Medien, der sowohl in der Schule als auch in der Erwachsenenbildung wichtig ist, um Informationen einordnen, Absender und ihre Intentionen einschätzen und Fake News erkennen zu können. Medienkompetenz ist die Schlüsselqualifikation für Teilhabe und Chancengleichheit in einer von Medien durchdrungenen digitalen Gesellschaft. Hierbei wollen wir den Erwerb der digitalen Kompetenzen gerade auch bei älteren Menschen fördern. Zudem muss die selbstbestimmte und chancengleiche Mediennutzung auch für Menschen mit Beeinträchtigungen (Barrierefreiheit) sichergestellt sein. Wir wollen deshalb ein Konzept für eine stärkere Bündelung der vorhandenen Medienkompetenzförderungen und ihren möglichen Ausbau erstellen. Gerade die jüngsten Nutzerinnen und Nutzer digitaler Medien müssen zu einem eigenverantwortlichen und souveränen Umgang mit Medien befähigt werden, um sich in einer Medienlandschaft, die auch ehrverletzende, pornographische, gewaltverherrlichende, rassistische oder sonstige jugendgefährdende und entwicklungsbeeinträchtigende Angebote bereithält, sicher zu bewegen. Grundlegendes Ziel der CDU Hessen ist es, alle Schulen unseres differenzierten Chancenschulsystems in die Lage zu versetzen, die Schülerinnen und Schüler auf die zunehmend digitalisierte Lebens- und Arbeitswelt vorzubereiten sowie sie als mündige Bürgerinnen und Bürger zur Teilhabe an dieser digitalen Welt zu befähigen. Wesentlicher Baustein dieses Ansatzes ist die Stärkung der Digitalkompetenz der Schülerinnen und Schüler, mit der wir sie zu eigenverantwortlichem Umgang mit digitalen Medien befähigen wollen. Wir verfolgen hierfür einen ganzheitlichen Ansatz. Besonders durch die landesweite Ausrollung des neuen Schulfachs „Digitale Welt“ wollen wir die Schüler frühzeitig bereits im allgemeinbildenden Bereich an Chancen und Risiken verschiedener Digitalformate heranführen. Neben grundsätzlichen Fragen der Medienkompetenz soll dort v.a. auch die Frage behandelt werden, wie digitale Technologien zur Lösung sozialer, ökonomischer und ökologischer Problemstellungen beitragen können, wo Risiken sind und wo wir Grenzen setzen müssen. Um Chancen zu nutzen und Risiken zu minimieren, benötigen wir gut ausgebildete Lehrkräfte, die kompetent und selbstsicher mit den Herausforderungen der digitalen Transformation umgehen und digitale Bildungsmedien fachbezogen und didaktisch zielgerichtet einsetzen. Unser Fokus liegt daher auch auf der Professionalisierung der Lehrkräfte durch einen systematischen und verzahnten Ausbau der Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote.

Die Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz lassen sich nicht aufhalten und sind auch nicht grundsätzlich abzulehnen. Sie bieten riesige Chancen und Potenziale, auch für einen gleichberechtigten Zugang zu Information und Wissen in unserer Gesellschaft. Gleichzeitig gehen mit ihnen auch Risiken- und Gefahrenpotenziale einher, bspw. im Bereich des Datenschutzes oder durch die Verbreitung von Falschinformationen und die fehlende Nachvollziehbarkeit von Quellen im Fall von ChatGPT, die im Zweifel einer rechtlichen Regulierung bedürfen. Dies ist von Seiten des Bundesgesetzgebers nun schnellstmöglich zu prüfen. Entscheidend ist, dass wir als Gesellschaft lernen und insbesondere Schüler*innen frühzeitig befähigen, digitale und KI-Anwendungen kompetent und kritisch zu verwenden. Für uns Grüne ist zudem wichtig, dass diese Anwendungen gezielt und ergänzend dort eingesetzt werden, wo sie für Schüler*innen und Lehrkräfte einen konkreten pädagogischen Nutzen bieten – ein Selbstzweck ist die schulische Nutzung für uns ausdrücklich nicht: Die Anwendungen können und sollen selbstbestimmtes Lernen und individuelle Förderung erleichtern, Kreativität und Kooperation fördern und Lehrkräfte bei der Darstellung und Wiederholung von Inhalten sowie der Ermittlung von Lernständen entlasten. Insbesondere mit zunehmendem Alter und höheren Klassenstufen muss die Nutzung im Unterricht aber auch in Vorbereitung auf die Arbeitswelt eine größere Rolle spielen, vor allem in den beruflichen Schulen und der gymnasialen Oberstufe. So kommt insbesondere der Schulung von Lehrkräften zum kompetenten Umgang und zum Erkennen KI-erzeugter Inhalte, zur altersgerechten Verwendung von digitalen und KI-Anwendungen im Unterricht und zur Vermittlung eines kritisch-kompetenten Umgangs mit KI-erzeugten Inhalten eine entscheidende Bedeutung zu. In dieser Legislaturperiode haben wir die Fortbildungsmittel der Schulen bereits verdoppelt und die Zahl der Fortbildungsangebote der Lehrkräfteakademie im Bereich Medienbildung und Digitalisierung auf 2000 pro Jahr erhöht. Im Hessischen Lehrkräftebildungsgesetz haben wir das Thema Medienbildung und Digitalisierung als Querschnittsthema in allen drei Phasen der Lehrkräftebildung verbindlich verankert, und stellen so sicher, dass alle hessischen Lehrkräfte auf der Höhe der Zeit aus- und fortgebildet werden. Zum schulischen Umgang mit KI-Anwendungen wie ChatGPT wird derzeit von Seiten des Landes zudem eine Handreichung für die Schulen erarbeitet. Wir halten in diesem Bereich aber auch eine enge Abstimmung im Rahmen der KMK für sinnvoll und geboten. Zudem wird es speziell zum Thema KI und Chatbots sicherlich nochmal einer deutlichen Fortbildungsoffensive für Lehrkräfte bedürfen.

Digitalisierung beeinflusst oder berührt alle Bereiche unseres Lebens. Es ist Aufgabe des Bildungssystems, alle Menschen auf die gravierenden Veränderungen unserer Lebensrealitäten vorzubereiten. Wir weiten die Lernmittelfreiheit auf den digitalen Bereich aus. Lernende und Lehrende erhalten die notwendigen Geräte und Plattformen zur Verfügung. Medienerziehung bedeutet aber nicht nur, Schüler*innen mit Hardware auszustatten und für WLAN an den Schulen zu sorgen. Die verbindliche Bearbeitung verschiedener Module des Jugendmedienschutzes und die Vorbeugung von Mediensucht sorgen für Sicherheit unserer Kinder und Jugendlichen in einer digitalen Welt.

Wir Freie Demokraten halten digitale Souveränität für eines der wichtigsten Bildungsziele. Mit dem Aufbau von Medien- und Digitalkompetenz sollte bereits in den Kindertagesstätten begonnen werden. Um dies umzusetzen, braucht es eine zeitgemäße digitale Infrastruktur in den Einrichtungen, dazu gehören neben WLAN und Endgeräten auch digitale Hilfsmittel wie Lernroboter oder Mikro-Controller. Zudem sollten Kooperationen mit Initiativen wie dem „Haus der kleinen Forscher“ ausgebaut und ein Atlas „Digitalisierung in der frühen Bildung“ aufgesetzt werden, der den aktuellen Stand der Ausstattung und der digitalen Bildung erhebt und weitere Handlungsmöglichkeiten aufzeigt. Darüber hinaus braucht es mehr Fortbildungen des Personals im Bereich Medienbildung. Auch über die gesamte Schullaufbahn muss der Vermittlung von Medienkompetenz eine besondere Bedeutung zukommen. Neben dem Ausbau von Medienkompetenztrainings für Schülerinnen und Schüler müssen Kerncurricula gerade mit Blick auf den Bereich Digitale Bildung regelmäßig überarbeitet und bei Bedarf angepasst werden. Die Zahl der Jugendmedienschutzbeauftragten und Medienberater sollte erhöht werden. Wir fordern ein flächendeckendes Angebot für einen verpflichtenden Informatikunterricht in der Sekundarstufe I bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode.

Nicht nur die Schulen müssen von Beginn an in diesem Bereich sensibilisierend ansetzen. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe im Kampf gegen Desinformation, Hass und Hetze. Einen Beitrag zur Kompetenzbildung können öffentlich geförderte Medienprojekte wie offene Kanäle, Radios oder ähnliches sein, die wir flächendeckend aufbauen und fördern möchten. Schulen müssen einheitliche Endgeräte bereitstellen. Digitale Lernmittel fallen unter Lernmittelfreiheit. Außerdem muss der Umgang mit digitalen Medien als Querschnittsaufgabe im Unterricht verankert sein. Große IT-Konzerne haben mit ihrer Lern-Software und ihren pädagogischen Konzepten an unseren Schulen grundsätzlich nichts zu suchen. Hessen muss eine digitale Lern- und Verwaltungsumgebung schaffen, die benutzerfreundlich und datenschutzkonform ist.

7. FILMWIRTSCHAFT

Welchen weiteren Handlungsbedarf gibt es aus Sicht Ihrer Partei in der Filmbranche?



Mit der Film-GmbH und dem Ausbau der Filmförderung haben wir Hessens Rolle als Filmland gestärkt und wollen diesen Weg weiter konsequent gehen. Auch hierbei sind der wirtschaftliche und der kulturelle Zweck der Filmförderung untrennbar verbunden und gemeinsam zu betrachten.

Wir wollen noch mehr Filmproduktionen nach Hessen holen und dabei die künstlerische und kulturelle Qualität und Vielfalt des Medium Films gewährleisten. Sowohl große Produktionen als auch künstlerisch anspruchsvolle Filme werden unterstützt.

Mit der hessischen Film- und Medienakademie (hFMA) haben wir zudem einen wichtigen Leuchtturm für kreativen Nachwuchs geschaffen. Dass auch die Hessen-Film GmbH einen besonderen Schwerpunkt auf die Unterstützung des Nachwuchses und junger Kreativer legt, halten wir für richtig.

Auch die Mittel für die Filmförderung haben wir seit 2014 um 50 Prozent gesteigert. Die HessenFilm und Medien GmbH haben wir zudem u.a. mit einer neuen Förderrichtlinie mit flexibleren Fördermöglichkeiten, einer neuen Jurystruktur, mehr Mitteln für die Stoffentwicklung und Produktionsvorbereitung, sowie Kriterien für Vielfalt, soziale und ökologische Nachhaltigkeit neu aufgestellt. Eine wichtige Basis für mehr Flexibilität in der Förderung haben wir dabei mit der Umstellung der Filmförderung von einem Bürgschaftsmodell auf eine Finanzierung durch echte Haushaltsmittel des Landes geschaffen.

Auch in Zukunft wollen wir den Filmstandort Hessen weiter stärken und dabei mit dem Fokus auf die Nachwuchsförderung und innovativer Förderformate die Attraktivität des Drehorts Hessens steigern. Projekte für mehr Nachhaltigkeit im Filmbereich, wie den „Preis für nachhaltiges Kino“ oder den „Grünen Drehpass“ wollen wir weiterentwickeln. Auch die Kinoinvestitionsförderung wollen wir verstetigen.

Die SPD Hessen wird die Potentiale der hiesigen Filmbranche besser unterstützen. Wichtige Akteure haben nach wie vor ihren Sitz in Hessen unter anderem die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO) oder auch die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft, der Bundesverband Jugend und Film oder der Bundesverband kommunale Filmarbeit, die Filmhäuser in Frankfurt und Wiesbaden, die Hessen-Film und Medien, die Murnau Filmstiftung, die AG Dok und nicht zuletzt das Deutsche Filminstitut und Film-museum. All diesen Institutionen wollen wir in Hessen gute Standortbedingungen erhalten und sie weiter verbessern und diese starke Struktur zur Profilierung und Weiterentwicklung des Filmstandortes Hessen nutzen. Dies wollen wir im Schulterschluss mit den regionalen Branchenverbänden erreichen.

Die Arbeit der HessenFilm und Medien GmbH nimmt für uns dabei eine Schlüsselstellung ein. Wir wollen sie ausbauen. Die wirtschaftliche Filmförderung muss aufgestockt werden, um den lokalen Playern im Wettbewerb der Länder beizustehen. Hierbei ist insbesondere die strukturelle Schwächung Hessens im Vergleich zu anderen Ländern, die während der Corona-Zeit ihre Mittel erhöht haben, auszugleichen. Besonders günstige Entwicklungsbedingungen finden sich dort, wo Technologie, Talent und Toleranz zusammengebracht werden. Ein besonderes Augenmerk werden wir dazu auf die Nachwuchs- und Hochschulfilmförderung legen.

Hessen ist ein hoch qualifizierter und dynamischer Standort für Film und Medien. Die wirtschaftliche Filmförderung muss fortgeführt werden. Wichtig ist dabei, dass so viele Fördermittel wie möglich bei den Filmschaffenden und Künstlern ankommen und möglichst wenig in die Finanzierung der Strukturen fließt.

Mit Blick auf die Weiterentwicklung der Filmförderung wollen wir prüfen, inwiefern der Dokumentarfilmbereich und der Bereich des Kurz-/Experimentalfilms stärker unterstützt werden können, insbesondere im Bereich Vernetzung, Qualitätsmanagement und Anschubfinanzierung.

Auch die Kofinanzierung von Filmen durch den Hessischen Rundfunk bietet gute Möglichkeiten, um den Filmstandort Hessen weiter zu stärken.

Wir begrüßen das Ziel der hessischen Filmförderung, „eine der progressivsten Filmförderungen in Deutschland“ zu werden. Die Schwerpunktsetzung auf Stoffentwicklung und Nachwuchsförderung, die Aufwertung des künstlerischen und kulturellen Charakters von Filmen sowie die Sensibilisierung für Diversität und Geschlechtergerechtigkeit in der Filmbranche sind richtig.

Mit Blick auf die FFG-Novellierung, der auch der Bundesrat zustimmen muss, fordern wir einen grundlegenden Wandel im Selbstverständnis aller an der Filmförderung Beteiligten, um eine umfassende Wertschätzung des Films als Kunst und Kultur zu erreichen. Die Förderung darf sich nicht ausschließlich an wirtschaftlichen Kriterien orientieren, sondern muss klar zwischen künstlerischen und wirtschaftlichen Aspekten unterscheiden. Deshalb schlage ich vor, dass 50 Prozent der Fördermittel nach künstlerischen Kriterien im Juryprinzip vergeben werden. Filme, die in der Produktionsförderung von vornherein als nicht kommerziell eingestuft werden, haben in der deutschen Kinolandschaft oft eine geringere Sichtbarkeit und damit schlechtere Chancen an der Kinokasse. Eine gerechte Verteilung der Fördermittel nach künstlerischen und wirtschaftlichen Kriterien könnte sicherstellen, dass auch nicht-kommerzielle Filme angemessen gefördert und in der Kinolandschaft sichtbar gemacht werden.

Damit Filme als Spiegel gesellschaftlicher Diskurse fungieren können, in denen beispielsweise Werte und Lebensformen verhandelt, Missstände thematisiert und Utopien entworfen werden, muss die gesellschaftliche Realität in ihrer Vielfalt vor und hinter der Kamera präsent sein. Fördermittel müssen daher paritätisch an Frauen und prozentual an gesellschaftliche Minoritäten vergeben werden.

8. SOFTWARE/ GAMES

Sieht Ihre Partei Handlungsbedarf zum Ausbau der hessischen Software-/Games-Industrie, wenn ja, welchen konkret? Wie steht Ihre Partei zu einer substantiellen Projektförderung für Computer- und Videospiele in Hessen, die nicht lediglich auf “serious games” fokussiert ist? Welchen kulturellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wert misst Ihre Partei dem eSport bei?



Hessen ist eines der wirtschaftsstärksten Länder der Bundesrepublik, eine der am stärksten prosperierende Regionen Europas. Wir werden daher weiterhin die Rahmenbedingungen dafür setzen und als Partner der Wirtschaft an einer starken Zukunft für die Menschen in unserem Land arbeiten. Dies gilt selbstverständlich auch für die hessische Software-/Games-Industrie, die mit einem Umsatz von über fünf Milliarden Euro pro Jahr den größten Teilmarkt der Kreativwirtschaft bildet. Wir sind stolz darauf, in der Rhein-Main-Region der Gaming-Entwicklung eine Heimat zu geben und einer der Spitzenstandorte in Deutschland bei uns zu haben. Diese gute Ausgangslage wollen wir weiter ausbauen und die Branche stärker unterstützen. Wir werden dafür eine besondere Unterstützungslinie für “Games made in Hessen” mit einem Fokus auf AAA-Spiele etablieren. Ergänzend wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen. Auch die wachsende E-Sport-Szene erfährt unsere Unterstützung. Auch hier werden Kooperation und Zusammenhalt gelebt und die Integration und Inklusion gefördert. Den organisierten E-Sport und seine wachsenden Vereinsstrukturen werden wir unterstützen. Wir werden sicherstellen, dass eine Gaming-Sparte keine negativen Auswirkungen auf die Gemeinnützigkeit von Sportvereinen entfaltet, damit bestehende Vereine rechtssicher auch ein E-Sport-Angebot unterbreiten können, wenn sie dies wollen. Die hervorragende Infrastruktur wollen wir nutzen, um das Rhein-Main-Gebiet als Standort für große nationale und internationale Turniere zu etablieren.

Ein Standort, der für die Games-Branche attraktiv ist, muss für junge, hochqualifizierte Fachkräfte attraktiv sein. Ein internationales Umfeld, starke und lebenswerte Kommunen, gute Universitäten und damit ein hohes Fachkräftepotenzial - in Hessen sind alle Ansätze vorhanden, die ein starker Standort für digitale Branchen, wie die Games-Industrie, braucht. Mit Beispielen wie der Europazentrale von Nintendo in Frankfurt – einer der größten Arbeitgeber der Branche, Crytek, Deck 13, Cloud Imperium Games und weiteren, finden sich bereits starke Akteure in Hessen. Wir hören allerdings immer wieder von Unternehmen, dass es zu Verzögerungen bei der Bearbeitung von Unterlagen von Fachkräften aus dem Ausland durch die kommunalen Ausländerbehörden kommt. Hier wollen wir mit einem „Willkommenszentrum“ einen Ansprechpartner schaffen und gezielt unterstützen, damit dringend benötigte Fachkräfte möglichst schnell in ihrem hessischen Gaming-Studio die Arbeit aufnehmen können.

Für uns ist klar: Games sind Kultur. „Serious games“ sind dabei eine besonders interessante Nische, deren Vertreter im allgemeinen weniger Blockbuster-Potenzial haben als die anderer Genres. Durch den Anspruch und Bildungsfaktor der „serious games“ finden wir die Förderung dieses Genres nach wie vor wichtig. Wir können uns aber dennoch sehr gut vorstellen, auch Angebote an Entwickler*innen anderer Genres zu machen, denn die wachsende Bedeutung und das nach wie vor enorme Wachstumspotenzial der Games-Branche muss sich in einer modernen Förderlandschaft wiederfinden.

Für uns ist eSport ein Phänomen, das durch Selbstorganisation, eine beeindruckende Professionalisierung und großes öffentliches Interesse enorm an wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung gewonnen hat und deswegen die Aufmerksamkeit der Politik verdient. eSport ist auch für Menschen mit körperlicher Behinderung zugänglich und kann damit zur Inklusion und Teilhabe beitragen. Wir wollen gemeinsam mit den Teams und Veranstalter*innen daran arbeiten, dass die Branche weiterwächst und große Turniere auch in Hessen stattfinden. Dabei wollen wir uns gemeinsam mit der Branche darauf konzentrieren, dass sich der eSport gut entwickelt und nicht von Kräften missbraucht werden kann, die Diskriminierung, Sexismus und Extremismus verbreiten. Wir wollen eSport in Hessen als das großmachen, was er bereits heute für Millionen von Spieler*innen in der ganzen Welt ist: Ein barrierefreier, inklusiver, international verbindender, aufregender und hochanspruchsvoller Wettbewerb – eben ein vollwertiger Sport, für dessen Anerkennung als gemeinnützig wir uns einsetzen.

Für die Gamesbranche werden wir eine echte eigene Förderlinie Games etablieren. Den Medien-campus Dieburg der Hochschule Darmstadt werden wir hierzu gezielt ausbauen. Die Fördersumme ist grundsätzlich zu gering und bezüglich der Förderfähigkeit (bspw. Serious Games) zu eng begrenzt. Hessen sollte sich ein Beispiel an anderen Bundesländern nehmen, wo die Förderung für diese Branche weitaus höher ist. Die Landesregierung kommt den Ankündigungen aus dem Koalitionsvertrag, Games-Entwickler besser zu unterstützen, leider weiterhin nicht nach. Der aktuellen Landesregierung ist es schon nicht gelungen, die Games Academy – eine renommierte Ausbildungsstätte für die Spieleentwicklung – in Hessen zu halten. Die Academy musste ihre Zweigstelle in Frankfurt schließen. Hessische Behörden sind nicht in der Lage gewesen, die staatliche Anerkennung zu erteilen. Daher ist es zwingend erforderlich, hessische Hochschulen und Universitäten zielgerichtet zu fördern und Kooperationen zu stärken.

Die aktuelle Förderfähigkeit ist zu eng begrenzt.

Den Aufbau eines hessischen eSports-Leistungszentrum werden wir fördern und ehrenamtliche bei der Ausübung ihres Sports unterstützen.

Die Gaming-Industrie hat sich zu einem wichtigen Wirtschaftszweig innerhalb der Kreativwirtschaft entwickelt. Gerade in der Region Frankfurt-Rhein-Main sind die größten Softwareunternehmen dieses Sektors angesiedelt. Daher kommt dieser Branche eine besondere Bedeutung zu. Vor dem Hintergrund der bereits ansässigen Industrie sprechen wir uns für eine Gaming-Messe in Frankfurt aus, damit Frankfurt eine besondere Bedeutung für diese wichtige Branche bekommt. Die Einführung einer substanziellen Projektförderung, die über den Bereich „serious games“ hinausgeht, werden wir prüfen. eSports kommt nach Ansicht von uns Freien Demokraten eine bedeutende kulturelle, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung zu.

Die hessische Software-/Games-Industrie stellt den umsatzstärksten Teilmarkt der hessischen Kultur- und Kreativwirtschaft dar. Wir wissen, dass die Akteur*innen dieses Teilbereichs die hohen Lebenshaltungskosten im stark gentrifizierten Rhein-Main-Gebiet beklagen. Folglich sei auf Antwort 1. (f) verwiesen.

Games können ein entscheidender Treiber für Innovation und Kreativität sein. Die pädagogischen, integrativen, künstlerischen, kulturellen und gesellschaftspolitischen Potenziale von Games sind enorm. Anhand dieser Kriterien sowie guter Arbeitsbedingungen für Gameschaffende und verbindlicher Diversitätskriterien wollen wir die Ausgestaltung der Gamesförderung diskutieren. Auch die Frage, wie digitale Spiele insgesamt entlang der Bildungskette verankert und Spiele für Menschen mit Behinderungen barrierefreier gestaltet werden können, muss in die Überlegungen zu möglichen Förderprogrammen einfließen.

E-Sport wird von mehreren tausend Menschen betrieben. Er hat eine mit anderen Sportarten vergleichbare Bedeutung erlangt. Allerdings fehlt es an Anerkennung. Auch wenn die körperliche Ertüchtigung nicht im Vordergrund steht, schult er Konzentration und Reaktionsvermögen, den Umgang mit digitalen Medien und verbindet Menschen im gemeinsamen Spiel. Er kann einen besonderen Beitrag zu Inklusion und Teilhabe leisten. Wir wollen, dass E-Sport den gleichen Stellenwert erhält wie andere Sportarten. Dazu gehört auch die Förderung und wir wollen uns dafür einsetzen, dass auch E-Sport-Vereine gemeinnützig sein können.

9. DESIGNWIRTSCHAFT

Welche Maßnahmen hält Ihre Partei für sinnvoll, um die hessische Designwirtschaft zu stärken?

Welchen Beitrag kann die Landespolitik leisten, um den Ruf Hessens als herausragenden Design-Standort zu erhalten und zu stärken?

Wie steht Ihre Partei zu den Forderungen, Designkompetenz in das staatliche Schulsystem zu integrieren?



Die KKW zu der auch die Designwirtschaft zählt, weist ein hohes Wachstumspotenzial auf. Die Designwirtschaft ist hierbei ein wichtiger Teilmarkt. Wir haben die verschiedenen Segmente vom Industrie-, Produkt- und Modedesign über Grafik- und Kommunikationsdesign bis zu Interior Design und Raumgestaltung im Blick.

Wir wollen Hessen als herausragenden Design-Standort erhalten und stärken. Um dies zu erreichen, wollen wir den Dialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik intensivieren sowie den Unternehmen Hilfe bei der Vernetzung und der Erschließung internationaler Märkte anbieten.

Aus diesem Grund haben wir eine Geschäftsstelle Kreativwirtschaft Hessen bei der Hessen Agentur eingerichtet, um über Beratungs- und Förderangebote zu informieren und den Austausch und die Netzwerkarbeit innerhalb der Branche durch Veranstaltungen zu unterstützen. Diese Anlaufstelle wollen wir beibehalten und weiter ausbauen.

Darüber hinaus wollen wir zum einen die Designwirtschaft weiterhin mit gezielten Förderprogrammen unterstützen und zum anderen Formate wie die Frankfurter Fashion Week, die Konsumgütermessen wie „Ambiente“ oder „Heimtextil“ in Frankfurt noch stärker etablieren und überregional bekanntmachen, um insbesondere jungen Designerinnen und Designer die Möglichkeit zu geben ihre Produkte – auch international – vorzustellen. Formate wie die „Hessen Design Routes“, die Designtage in Wiesbaden und „Into the Wild“ in Offenbach oder die „Hessen Design Competition“ wollen wir beibehalten und stärken.

Ästhetisches Lernen kann im produktiven wie reflexiven Umgang mit Bildender Kunst, Film, Fotografie, Video, digitalen Medien, Reklame u.a. geschehen, aber auch durch die Berücksichtigung von industriellem Design, Architektur oder anderen alltagskulturellen Erscheinungen. Designkompetenz ist bereits im Kerncurriculum für den Kunstunterricht verankert. Eine stärkere Berücksichtigung von Designkompetenz im Fach Arbeitslehre sowie in unserem neuen Schulfach Digitale Welt werden wir prüfen.

Auch die Designwirtschaft ist in Zeiten von KI-Bildgeneratoren mittendrin in herausfordernden Zeiten der digitalen Transformation. Mit der Geschäftsstelle Kreativwirtschaft Hessen gibt es bereits einen Kontaktpunkt zwischen Branche und Landespolitik. Diesen Kontakt- und Diskursweg möchten wir noch weiter öffnen und stärken, damit die Themen, die die Designwirtschaft beschäftigen, gehört werden. Der Kreativwirtschaftsbericht ist dabei ein wichtiges Tool. Außerdem werden wir innovative Start-ups in allen Unternehmensphasen dabei unterstützen, im Designmarkt Fuß zu fassen. Wir sehen uns bei der Bewältigung der Herausforderungen der Transformation als Partner der Designwirtschaft. Dazu gehören Themen wie Fachkräftemangel, New Work, Tech-Themen und das Aktivieren von Arbeitsräumen für junge Designer*innen.

Es sind insbesondere Veranstaltungen von Weltrang, die regelmäßig Design-Fachpublikum nach Hessen locken – von der Documenta bis zur Ambiente. Die von uns landesseitig vorangetriebene Bewerbung der Region Frankfurt Rhein-Main als World Design Capital 2026 ist ein weiteres Beispiel. Dazu sind Hochschulen mit Design-Schwerpunkt in Hessen beheimatet. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass die Designbranche in Hessen sichtbar bleibt und auch international die Gelegenheit bekommt, ihre Stärken voll auszuspielen.

Wir stehen Anregungen zur Integration von Designkompetenz in den Bildungskanon offen gegenüber und freuen uns über diesbezügliche Hinweise.

Design generiert Wertschöpfung über das einzelne Cluster hinaus, in Industrie, Handwerk etc. und ist daher wichtig für einen prosperierenden und starken Wirtschaftsstandort Hessen. Die Bewerbung der Region Frankfurt Rhein-Main als World Design Capital werden wir unterstützen und im Falle eines Erfolges auch die Durchführung fördern.

Hessen Design e. V. und der German Design Award sollen weiterhin als dazu beitragen die hessische Designwirtschaft zu vernetzen. Das Welterbe Mathildenhöhe soll zudem zusammen mit dem dort ansässigen Designhaus dazu genutzt werden Design made in Hessen als Marke zu stärken und sichtbarer zu machen.

Die SPD Hessen wird in Regierungsverantwortung einen größeren Schwerpunkt auf kulturelle Bildung legen und eine Schule, die allen Kindern und Jugendlichen gerecht wird, in der sie zu überzeugten Demokrat*innen heranwachsen, indem sie Demokratie selbst praktizieren. Dabei die Frage nach der Gestaltung demokratischer Prozesse, der Ausgestaltung von Partizipation, ist wesentlich für unser politisches System, für unsere Demokratie. Sowohl für die Partizipation bei der Gestaltung und der Gestaltung von Partizipation ist Design wichtig.

Die hessische Designwirtschaft ist eine wichtige Teilbranche der Kultur- und Kreativwirtschaft. Bestehende Formate wie beispielsweise Wettbewerbe wollen wir erhalten und weiter ausbauen. Für die Designwirtschaft sind auch die jeweiligen Messen von Bedeutung. Um diese weiter zu unterstützen und bekannt zu machen, muss die Messe Frankfurt in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Stadt und Land beispielsweise durch mehr Investitionsmittel zukunftsfit gemacht werden.

Wir Freie Demokraten stehen für ein Bildungssystem, dass zukunftsfähige Kompetenzen vermittelt, um alle Kinder und Jugendlichen zu einem selbstbestimmten Leben zu befähigen. Für die Vermittlung dieser Kompetenzen braucht es die notwendige Infrastruktur wie beispielsweise eine digitale Infrastruktur, aber auch moderne Räumlichkeiten mit Kreativräumen, Maker Spaces und Einzel- und Gruppenarbeitsräumen. Um die Schulträger bei dieser Aufgabe zu unterstützen, fordern wir ein Investitionsprogramm für innovative Raumkonzepte in Bildungseinrichtungen. Für die Vermittlung dieser zukunftsfähigen Kompetenzen braucht es aber auch neue Denkansätze und neue Methoden. Wir halten den Impuls des deutschen Designtags hierbei für vielversprechend und werden die Rahmenbedingungen einer Integration von Designkompetenz in das staatliche Schulsystem vertieft diskutieren.

“By Disaster or by Design?” (Brocchi) Eine transformative Kulturpolitik nutzt und fördert Design, um einen sozial-ökologischen Umbau zu gestalten. Mögliche Maßnahmen zur Stärkung der hessischen Designwirtschaft sind u.a. : (1) Die Förderung von nachhaltigem Design kann dazu beitragen, ökologische und soziale Herausforderungen anzugehen und die Designbranche für eine zukunftsfähige Entwicklung zu sensibilisieren, (2) die Bereitstellung von Förderprogrammen (siehe auch Antwort zu Frage 5.), (3) die Schaffung von Netzwerken und Plattformen für Designer*innen und internationale Vernetzung, (4) die Förderung von branchenübergreifenden Kooperationen, (5) eine gute Designausbildung und -qualifizierung in der Region.

Die hessische Landespolitik kann die in Antwort 9.1. genannten Maßnahmen ergreifen und anschließend dazu beitragen, Design Made in Hessen öffentlich bekannt zu machen. Um kreative Köpfe nach Hessen zu werben, ist ferner die Zugkraft einer progressiven Wohnungspolitik, die auch Freiräume für Kunst und Kultur ermöglicht, sowie einer starken Sozialpolitik nicht zu unterschätzen!

Da Design das Leben und den Alltag des Einzelnen und der Gesellschaft prägt und gestaltet, stehen wir der Vermittlung von Designkompetenz an öffentlichen Schulen positiv gegenüber. Grundsätzlich befürworten wir eine Stärkung der musischen Bildung, um die kulturelle Vielfalt zu fördern, die Kreativität der Schüler*innen zu entwickeln und ihre Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen.

10. BUCHMARKT

Welche Maßnahmen sollten seitens der hessischen Landespolitik aus Sicht Ihrer Partei ergriffen werden, um die Vielfalt auf dem Buchmarkt zu erhalten sowie den kulturellen und gesellschaftlichen Auftrag der Buchbranche zu fördern?



Hessen ist nicht nur wegen Goethe und Büchner oder der Frankfurter Buchmesse ein Literaturland. Unseren Schwerpunkt in diesem Bereich wollen wir beibehalten. Die rund 6.000 großen und kleinen Buchhandlungen in Hessen sind eine wichtige Grundlage dafür, die wir stärken wollen. Mit dem Wettbewerb Hessens beste Dorfbuchhandlung tragen wir dazu bei, diese Kulturstationen in den ländlichen Räumen zu erhalten und damit auch den Zugang zu Literatur zu stärken. Wir werden die Literaturförderung weiter ausbauen und insbesondere junge Menschen zeitgerecht für Bücher begeistern. Literatur- und Leseförderung nehmen einen festen Platz in der Kulturförderung des Landes ein: Schwerpunkte sind literarische Schreibwettbewerbe, hessenweite Literaturveranstaltungen sowie die Hessische Leseförderung. Gefördert werden können Projekte, in deren Zentrum die Vermittlung von Literatur, Leseförderung bzw. die Entstehung von Literatur steht. Förderfähig sind Projekte mit hessenweiter Ausstrahlung und bei denen ein Landesinteresse an der Durchführung des Projekts besteht. Wichtige Maßnahmen sind zudem das Literaturfestival Leseland Hessen, das Hessische Literaturstipendium, die Autorenresidenzen im ländlichen Raum und der Hessische Gemeinschaftsstand auf der Frankfurter Buchmesse. Die wissenschaftlichen Bibliotheken werden wir bei der Digitalisierung fördern. Insbesondere in ländlichen Regionen sollen die öffentlichen Bibliotheken als häufig wichtigste kulturelle Einrichtung in vielen Gemeinden weiter unterstützt werden, zum Beispiel durch den weiteren Ausbau des „OnleiheVerbund-Hessen“.

Als Ausrichtungsort der Buchmesse ist Frankfurt ein Hotspot der Buchbranche. Diesen Vorsprung gilt es im Sinne der Branche zu nutzen, und weiter auszubauen. Der Bücherkauf ist für viele Menschen ein bewusster Kauf, der sich gut anfühlt. Lesen bildet, unterhält und hält geistig fit. Doch die globalen Krisen, die mit der aktuell hohen Inflation die Kaufkraft senken, haben signifikante Auswirkungen auf die Konsumentscheidungen der Hessinnen und Hessen. Die Buchbranche leidet unter dem schlechten Konsumklima. Wir wollen Menschen gezielt entlasten, damit am Monatsende Geld für das Lieblingsbuch da ist. Der Hessenpass Mobil, der den Kauf eines geförderten Deutschlandtickets für 31 Euro ermöglicht, ist ein Beispiel für gezielte, unbürokratische Entlastung bei den Mobilitätskosten. Bis sich die Marktsituation entspannt, werden wir uns für die Unternehmer*innen der Buchbranche in Hessen aktiv einsetzen, und im Dialog passgenaue Lösungen finden, damit die Vielfalt der Marktteilnehmenden in Hessen erhalten und ausgebaut werden kann.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich für den Erhalt unserer einzigartigen und vielfältigen Literaturlandschaft mithilfe verschiedener Maßnahmen wie das Soforthilfeprogramm zur Unterstützung von Kleinstbetrieben und Soloselbständigen mit bis zu zehn Mitarbeitenden, die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes und einen vereinfachten Zugang zur Grundversicherung eingesetzt. Außerdem schützt die SPD den Buchmarkt durch Buchpreisbindung, bspw. auch für Ebooks.

Die Rahmenbedingungen für die weltweit angesehene Frankfurter Buchmesse müssen verbessert und Hessen als Verlagsstandort attraktiver gestaltet werden. Auch die Literaturpreise des Landes sollten zukünftig weiter unterstützt werden, um Hessen als Literaturland zu stärken. Um den Buchmarkt nachhaltig zu stärken, muss die Lesebegeisterung von Kindern und Jugendlichen wieder mehr gefördert werden. Dazu wollen wir Freie Demokraten insbesondere die Bibliotheken stärken, indem wir ihnen die Sonntagsöffnung ermöglichen und sie vollständig gebührenfrei machen. Mit einem Bibliotheksentwicklungsplan können der Bedarf koordiniert und ein flächendeckendes Angebot langfristig gesichert werden. Der Ausbau der Bibliotheken kommt insbesondere auch der Infrastruktur im ländlichen Raum zugute, wo sogenannte Dritte Orte von besonderer Bedeutung sind.

Die gesellschaftlichen und kulturellen Aufgaben des Buchmarktes bestehen darin, Wissen und Bildung einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, Meinungsvielfalt zu reflektieren und damit zu mehr Empathie und sozialer Integration beizutragen. Zu den Aufgaben des Buchmarktes gehört die Förderung der Lesekompetenz und der Bildungsgerechtigkeit. Er soll Nachwuchsautor*innen unterstützen und das kulturelle Erbe in Form von überlieferten Geschichten lebendig halten, aber auch die Demokratie durch kritisches Schriften stärken und so zu einem lebendigen Diskurs in der Gesellschaft beitragen. Landespolitische Maßnahmen zur Unterstützung von Autor:innen, Verleger:innen, Buchhändler:innen, Übersetzer:innen und vielen anderen Akteur:innen können neben bestehenden Initiativen wie Preisverleihungen und der „Projektförderung Literatur“ auch die Förderung von Nischenverlagen und Buchhandlungen sein, die ein herausragendes Programm kuratieren und ihrem gesellschaftlichen und kulturellen Auftrag forciert nachgehen.

11. VERANSTALTUNGSWIRTSCHAFT

Welche Maßnahmen wird Ihre Partei zur nachhaltigen Förderung der Veranstaltungswirtschaft ergreifen?
Zum Ausgleich von Mehrkosten durch gestiegene Energiepreise stellt der Kulturfonds Energie auf Bundesebene Fördermittel für Indoor-Veranstaltungen bereit. Welche Fördermöglichkeiten (insbesondere für Outdoor-Veranstaltungen) sieht Ihre Partei auf Landesebene?



Die Veranstaltungswirtschaft hat wie keine zweite Wirtschaftsbranche unter den coronabedingten Einschränkungen gelitten. Die vielfältigen Veranstaltungen, Feste, Festivals und vergleichbare Angebote durch diese schwere Zeit zu bringen, war uns ein wichtiges Ziel. Die CDU-geführte Landesregierung hat gerade in dieser Zeit die Unterstützung der Branche zu einem Kernanliegen gemacht. Dass nach Ende der Pandemie nun wieder die vielfältigen Veranstaltungen stattfinden, dass Veranstalter und Organisatoren wieder Angebote machen und dass diese von den Menschen so gut angenommen werden, ist für unsere Gesellschaft und unsere Art zu leben von unschätzbarem Wert. Ergänzend zu den durch die damals noch CDU-geführte Bundesregierung angestoßenen Hilfestellungen durch Überbrückungsgelder, Kurzarbeitergeld u.v.m. haben wir in Hessen mit den beiden Kulturpaketen I+II im Verlauf der Pandemie rund 50 Millionen Euro für die Unterstützung der Kulturlandschaft sowie der Veranstaltungswirtschaft Hessens bereitgestellt. Die Kulturpakete haben intensive kulturpolitische Prozesse in Gang gesetzt. Nicht nur hat ein Reflexionsprozess darüber stattgefunden, wie die eigenen Belange an die Politik adressiert werden können. Es haben auch in einzelnen Sektoren Verbandsgründungen stattgefunden, etwa bei den Livemusikspielstätten und -festivals. Die Programme waren ein Versuchslabor für neue Förderansätze, die Impulse in der Kultur- und Veranstaltungswirtschaftsszene gesetzt haben. Allen gemeinsam waren die vergleichsweise einfache Handhabung und einfache Dokumentationsverfahren. Wir wollen künftig prüfen, wie ein strategisch angelegtes Resilienzprogramm die Einrichtungen der Kultur- und Veranstaltungswirtschaft nachhaltig stärken und für die Herausforderungen fit machen kann. In dem Rahmen sollen Pläne für digitalen Wandel, neue Publikumsansprache, tragfähige Organisationskonzepte, Professionalisierung und nachhaltige Finanzierungsstrukturen vorgelegt werden.

Die durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine verursachte Energiekrise stellt die gesamte Gesellschaft und insbesondere Kultureinrichtungen sowie Künstler*innen, Kunstschaffende und Kulturarbeiter*innen, die bereits durch die pandemiebedingten Einschränkungen stark belastet waren, derzeit erneut vor große Herausforderungen. Der Kulturfonds Energie der Bundesregierung, der von den Ländern kofinanziert wird, stellt deswegen eine wichtige Unterstützung dar, um Kultureinrichtungen und –veranstaltende bei den Energiekosten zu entlasten. Das Land Hessen stellt darüber hinaus 30 Millionen Euro zur Unterstützung von Vereinen, Verbänden, Initiativen und Projekten in Kultur, Sport, Bildung, Soziales und Umwelt, zur Verfügung. Mit dem Programm „Ins Freie“ haben wir vor dem Hintergrund der pandemiebedingten Einschränkungen des Kultur- und Veranstaltungsbetriebs zudem im Sommer 2021 und 2022 zahlreiche Open-Air-Veranstaltungen gefördert. Um auch über die Coronazeit hinweg hierfür einen nachhaltigen Impuls zu setzen, lag im Jahr 2022 dabei ein besonderer Fokus auf der Förderung miteinander kooperierende Kulturveranstalter, Pop-Up-Bühnen und Freiluftkinos, die auch über 2022 hinaus gemeinsam Open-Air-Kultur betreiben wollen sowie auf Zuschüssen für Investitionen etwa in mobile Bühnen und Tontechnik, Überdachungen und transportable Bestuhlung, die auch in diesem sowie den kommenden Jahren wiederverwendet werden können.

In der Coronapandemie hat sich die SPD auf Bundes- und Landesebene für vielfältige Sofortprogramme zum Schutz der Veranstaltungswirtschaft und Künstler*innen eingesetzt und sich als fester Partner dieser etabliert. Beispielsweise Musikclubs sind unerlässliche Orte der kulturellen und subkulturellen Begegnung. Daher sind sie nicht als reine Vergnügungsstätten zu werten, sondern als kulturelle Einrichtungen anzuerkennen. In Abstimmung mit den Interessenvertretungen von Clubs und Gastronomie sind diese Orte besser zu schützen, indem die Baunutzungsverordnungen gemeinsam mit den Kommunen überprüft und angepasst sowie eigene Landesförderungen für nichtkommerzielle Clubangebote eingerichtet werden. Auch Popkultur und Populärmusik sind Teil einer lebendigen Kulturlandschaft. In Abstimmung mit den Interessenvertretungen von Clubs und Gastronomie wollen wir weitere Fördermöglichkeiten für Clubs und Festivals erörtern. Insbesondere Nachwuchskünstler*innen müssen gezielt gefördert werden.

In Abstimmung mit den Interessenvertretungen von Clubs und Gastronomie wollen wir weitere Fördermöglichkeiten für Clubs und Festivals erörtern.

Die Veranstaltungswirtschaft hat enorm unter den Einschränkungen der Coronakrise gelitten. Unter dem Stichwort „Alarmstufe Rot“ haben sich zahlreiche Soloselbstständige, Einzelunternehmer und mittelständische Betriebe zusammengeschlossen, die zu Recht gefordert haben, dass es für die Einschränkungen eines angemessenen Ausgleichs bedurft hätte. Die Landesregierung hätte hier größere Anstrengungen unternehmen müssen. Umso wichtiger ist es, die Veranstaltungswirtschaft bei den Belastungen durch die gestiegenen Energiekosten zu unterstützen, um diese wichtige Branche zu erhalten und zukunftsfähig aufzustellen. Wir begrüßen daher die Mittel des Kulturfonds Energie. Welche Fördermöglichkeiten ergänzend auf Landesebene bei Outdoor-Veranstaltungen entwickelt werden können, wollen wir prüfen.

Ein Problem der Veranstaltungsbranche ist die fehlende Rückkehr von Fach- und Arbeitskräften in der Zeit nach der Pandemie. Gemeinsam mit den Branchenakteur:innen muss auf Landesebene beraten werden, welche Perspektivsicherung es für Einzelunternehmer:innen, Soloselbstständige, Solokünstler:innen und Freiberufler:innen geben kann. Bevor jedoch über Förderungen von „Existenzgründungshilfen für Branchenrückkehrer:innen“ gesprochen wird, muss über die in der Branche erzielten Gewinne und deren Verteilung gesprochen werden. Dazu gehört auch die intransparente Preispolitik eines marktbeherrschenden Ticketanbieters. Klar ist auch, dass die Veranstaltungsbranche eine zeitgemäße Weiterentwicklung hin zu mehr Nachhaltigkeit braucht, an der Politik und Branchenakteur:innen gemeinsam feilen müssen.

Um eine Insolvenzelle bei kleinen und mittleren Festivals zu verhindern, können wir uns gut vorstellen, diese durch eine monetäre Förderung zu entlasten. Auch auf Bundesebene setzen wir uns für einen Festivalförderfonds in Höhe von 5 Mio. ein. Darüber hinaus wollen wir die Bereitschaft der kommunalen Strukturen fördern, Flächen für die Festivalkultur zur Verfügung zu stellen.